

---

**Vorsitz: Kanada****1063. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 22. November 2023 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.05 Uhr  
Unterbrechung: 10.25 Uhr  
Wiederaufnahme: 15.05 Uhr  
Schluss: 15.25 Uhr

2. Vorsitz: Botschafterin J. Kinnear

Der Entwurf der Tagesordnung (FSC.GAL/75/23) und seine überarbeitete Fassung (FSC.GAL/75/23/Rev.1) wurden vom FSK nicht angenommen.

Vorsitz (Anhang), Russische Föderation (FSC.DEL/432/23), Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Polen, Spanien – Europäische Union, Bulgarien

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

keine

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 6. Dezember 2023, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

---

**1063. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1069, Punkt 2

**ERKLÄRUNG  
DER VORSITZENDEN**

Ich möchte darauf eingehen, dass die Delegation der Russischen Föderation weder zur Annahme der ursprünglichen noch der überarbeiteten Fassung der Tagesordnung für die heutige Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation bereit war.

Die überarbeitete Fassung umfasst gerade einmal zwei ständige Tagesordnungspunkte, nämlich „Allgemeine Erklärungen“ und „Sonstiges“ – das absolute Minimum für jede FSK-Sitzung, wie unter Abschnitt IV.1 Buchstabe (C) Absatz 1 der Geschäftsordnung der OSZE festgelegt. Nach Meinung der Vorsitzenden kann die Weigerung, mit einer solchen Tagesordnung zu arbeiten – insbesondere dann, wenn diese Tagesordnung im Voraus angekündigt wurde und mehrere Stunden Zeit für Konsultationen eingeräumt wurden, wie es heute unbestreitbar der Fall war –, nicht anders denn als mutwillige Obstruktionspolitik aufgefasst werden.

Als die Delegation der Russischen Föderation den überarbeiteten Tagesordnungsentwurf für die 1057. Plenarsitzung des Forums am 4. Oktober 2023 blockierte, führte sie ins Treffen, sie habe nicht genügend Zeit gehabt, um mit den Behörden in ihrer Hauptstadt über die überarbeitete Tagesordnung, die ausschließlich aus ständigen Tagesordnungspunkten bestand, Rücksprache zu halten. Bei dieser Gelegenheit erläuterte die Vorsitzende, dass der FSK-Vorsitz, sofern künftig wieder Uneinigkeit über die Tagesordnung einer Sitzung herrschen sollte, erneut eine solche überarbeitete, auf ein Minimum beschränkte Tagesordnung vorlegen werde, um seiner Verantwortung nachzukommen, für den ordnungsgemäßen und reibungslosen Ablauf der Sitzungen zu sorgen. Außerdem forderte die Vorsitzende dazu auf, dass jeder Teilnehmerstaat, der eine solche überarbeitete Tagesordnung blockieren sollte, gegebenenfalls in der Lage sein müsse, seine Beweggründe für sein Vorgehen darzulegen.

Die Delegation der Russischen Föderation hat heute keine solchen Beweggründe geliefert. Vielmehr hat sie unredlicherweise behauptet, sie sei durch einen „Präzedenzfall“ gebunden. Die Vorsitzende weist diese Behauptung unmissverständlich zurück. Die Tatsache, dass die russische Delegation früher einmal unter bestimmten Rahmenbedingungen entschieden hat, eine Sitzung zu blockieren, führt nicht dazu, dass die Delegation verpflichtet wäre, die gleiche Entscheidung auch in Zukunft zu treffen, insbesondere dann, wenn die ins Treffen geführten Rahmenbedingungen – zu wenig Zeit zur Rücksprache mit den Behörden

in der Hauptstadt – nicht mehr gegeben sind. Es könnte ja auch keine Delegation eines anderen Teilnehmerstaates dazu verpflichtet werden, die gleiche Entscheidung wie die russische Delegation zu treffen, käme es denn überhaupt je dazu, dass ein anderer Staat als die Russische Föderation entschiede, einen Sicherheitsdialog zu blockieren.

Ich möchte auch auf die Weigerung Russlands eingehen, heute Morgen an einem Sicherheitsdialog zum Thema Informationsintegrität im militärischen Bereich teilzunehmen – mit der Behauptung, die fragliche Thematik falle nicht unter das Mandat des FSK.

Wie die Vorsitzende bereits zuvor festgehalten hat, wurde das FSK durch das Helsinki-Dokument 1992 geschaffen, genauer gesagt, durch dessen Beschluss V. In der darin enthaltenen Beschreibung des Mandats des Forums werden Konsultationen und Zusammenarbeit „in Angelegenheiten, welche die Sicherheit betreffen“, genannt. Weiter legt der Beschluss V von Helsinki fest, dass die Teilnehmerstaaten „Konsultationen, zielgerichteten fortdauernden Dialog und Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit entwickeln [werden]“.

Mit seinem Beschluss Nr. 7/11, verabschiedet in Vilnius im Dezember 2011, beauftragte der Ministerrat das FSK, im Einklang mit seinem Mandat „die Diskussion über aktuelle Sicherheitsfragen im Sicherheitsdialog weiter zu fördern“.

Wie in unserem Konzeptpapier für die heutige Sitzung (FSC.DEL/422/23/Rev.1) hervorgehoben, bot der vorgeschlagene Sicherheitsdialog den Teilnehmerstaaten „Gelegenheit zur Beratung und Diskussion über die neuen Herausforderungen für die Sicherheit durch das sich rasch wandelnde Informationsumfeld, insbesondere im militärischen Bereich“.

In der Tat zieht der Einsatz neuer Technologien bei der Instrumentalisierung von Informationen als Waffe erhebliche Folgen in Bezug auf das Ausmaß und Tempo, in dem diese Informationen verschiedenste Zielgruppen erreichen, sowie in Bezug auf die unmittelbaren negativen Auswirkungen, die sie auf diese haben können, nach sich. Diese schädlichen Auswirkungen sind so schwerwiegend und die Art der Desinformation in Kriegszeiten heute so modern, dass wir gefordert sind, neu zu bewerten, wie wir Desinformation im militärischen Bereich einordnen und was wir tun können und sollten, um ihr zu begegnen.

Ich verweise alle, die heute Morgen die Relevanz des Themas des vorgeschlagenen Sicherheitsdialogs in Abrede gestellt haben, auf das vorgenannten Konzeptpapier.

Informationsintegrität im militärischen Bereich ist ohne Zweifel eine aktuelle Sicherheitsfrage. Die Nebenveranstaltung, die heute Morgen anstelle des blockierten Sicherheitsdialogs abgehalten wurde, hat dies nur zu deutlich bestätigt.

Wir weisen die Lesart eines einzelnen Teilnehmerstaats zurück, dass das Mandat des FSK auf einen engen Themenkreis mit ausschließlichem Bezug zur Rüstungskontrolle beschränkt sein sollte. Ich möchte erneut festhalten, dass das gegenwärtige politische Klima in der Organisation, das durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine erzeugt wurde, einer konstruktiven Diskussion über diesen von der Russischen Föderation benannten engen Themenkreis nicht zuträglich ist.